

## **Kleine Anfrage**

**der Abgeordneten Dr. Frithjof Schmidt, Kerstin Müller (Köln), Ute Koczy, Marieluise Beck (Bremen), Volker Beck (Köln), Viola von Cramon-Taubadel, Ulrike Höfken, Thilo Hoppe, Uwe Kekeritz, Katja Keul, Tom Koenigs, Agnes Malczak, Omid Nouripour, Claudia Roth (Augsburg), Manuel Sarrazin, Hans-Christian Ströbele und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**

### **Korruptionsvorwürfe gegen das Entwicklungshilfe-Unternehmen AGEF**

Afghanistan und Irak gelten als zwei der am stärksten von Korruption befallenen Länder. Sie stehen im Korruptions-Wahrnehmungs-Index von Transparency International auf dem drittletzten (176.) und viertletzten (175.) Platz. Deutschland steht auf Platz 15 dieser Liste und die Bundesregierung hat gute Regierungsführung und Korruptionsbekämpfung zu wichtigen Punkten ihrer Afghanistan-Strategie erklärt.

Am 1. November 2010 berichtet die „Neue Osnabrücker Zeitung“ darüber, dass das Berliner Entwicklungshilfe-Unternehmen AGEF (Arbeitsgruppe Entwicklung und Fachkräfte im Bereich der Migration und der Entwicklungszusammenarbeit) in Afghanistan mindestens 1 Mio. Euro aus Mitteln des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung und anderer öffentlicher Geldgeber unterschlagen haben soll. AGEF ist seit vielen Jahren Durchführungsorganisation für Weiterbildungs- und Reintegrationsprogramme der Bundesregierung und anderer europäischer Regierungen. Die Schwerpunktbereiche der Projekte liegen in Afghanistan, im Irak und im Kosovo. Insgesamt soll AGEF nach Angaben der „Neuen Osnabrücker Zeitung“ allein im vergangenen Jahr 3,7 Mio. Euro für Projekte in Afghanistan bekommen haben, wovon rund 1 Mio. Euro nicht in die Projekte geflossen und auch nicht zurückbezahlt worden seien. Im Falle eines Programms zur beruflichen Reintegration von Rückkehrern aus Deutschland „Return to Employment in Afghanistan“ seien gar Empfängeridentitäten gefälscht worden. Während in Kabul tatsächlich 34 Deutschland-Heimkehrer eine Förderung bekommen hätten und dafür rund 39 000 Euro ausbezahlt worden seien, habe die Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit (GTZ) nach Angaben der „Neuen Osnabrücker Zeitung“ 361 050 Euro für 278 Rückkehrer an AGEF überwiesen. Nach Angaben der „Neuen Osnabrücker Zeitung“ werden von AGEF keine separaten Länder- oder Projektkonten geführt, Verwendungsnachweise für die Mittelverwendung seien gefälscht worden.

Neben der Rückkehrerintegration ist AGEF auch im Bereich einkommensschaffender Maßnahmen für junge Erwachsene in ehemaligen Mohnanbaugebieten der Provinzen Badakhshan, Balkh und Takhar mit einem Ausbildungsprogramm im Landwirtschaftssektor (Volumen: 1,1 Mio. Euro im Jahr 2010) aktiv.

Die Bundesregierung stützt sich auch bei der Projektdurchführung im Irak zum großen Teil auf die Dienste des Entwicklungshilfe-Unternehmens AGEF. So werden auch dort seit mehreren Jahren Rückkehrerprogramme unter dem Titel „Return to Employment in Iraq“ durchgeführt. Im Jahr 2009 wurde AGEF damit beauftragt, Büros zur Vertretung deutscher Wirtschaftsinteressen im Irak aufzubauen. Mittlerweile existieren drei Vertretungen des „Servicebüro Wirtschaft“ (Deutsches Wirtschaftsbüro Irak). Nach Angaben des Auswärtigen Amtes ([www.auswaertiges-amt.de](http://www.auswaertiges-amt.de)) wurde im Februar 2009 in Bagdad ein „Servicebüro Wirtschaft“ eröffnet, das „deutschen und irakischen Firmen ermöglichen soll, in einem nach wie vor schwierigen Umfeld gemeinsame Geschäftsinteressen zu entwickeln und Möglichkeiten der Kooperation zu eruieren. Seit Februar 2010 steht ein weiteres Büro im Norden Iraks, in Erbil, für Interessenten zur Verfügung.“ Außerdem wurde kürzlich ein Büro in Basra eröffnet. Laut einem Artikel „DIE ZEIT“ vom 28. Oktober 2010 soll das deutsche Wirtschaftsbüro mittelständischen Unternehmen helfen, Geschäfte im Irak einzufädeln. Effektive Kontaktaufnahme zwischen Unternehmen hat es laut dem Leiter des Wirtschaftsbüros nicht gegeben. Das größte Hindernis sei, so ein am Wirtschaftsbüro ansässiger Unternehmensvertreter im Artikel „DIE ZEIT“, nicht die fehlende Sicherheit, sondern die Korruption.

Neben der Förderung von wirtschaftlicher Entwicklung sieht die Bundesregierung einen Schwerpunkt ihrer Arbeit im Irak im Aufbau rechtsstaatlicher Strukturen und guter Regierungsführung. Auch hier ist AGEF ein zentraler Akteur bei der Durchführung der Projekte. So ist AGEF unter anderem damit beauftragt, im Namen der Bundesregierung die Ausbildung von Richtern sowie von Regierungs- und Verwaltungsbeamten im Rahmen eines „Leadership Training Program“ durchzuführen. Nach eigenen Angaben von AGEF ([www.agef.net](http://www.agef.net)) sollen „Durch Trainings- und Weiterbildungen für Führungskräfte der irakischen Ministerien und Behörden sowie der regionalen Verwaltungen, z. B. in Irakisch-Kurdistan [...] deren Fähigkeiten dahingehend verbessert werden, dass sie den verschiedenen fachlichen Anforderungen besser gewachsen sind, Funktion und Mandat verantwortungsbewusst ausfüllen im Sinne einer Good Governance und sowohl nach innen als auch nach außen sicher und souverän agieren können.“

Wir fragen die Bundesregierung:

1. Wie bewertet die Bundesregierung die in der „Neuen Osnabrücker Zeitung“ erhobenen Vorwürfe der Unterschlagung gegen das Entwicklungshilfe-Unternehmen AGEF?
2. Geht die Bundesregierung davon aus, dass das Finanzgebahren des Entwicklungshilfe-Unternehmens AGEF, insbesondere des Geschäftsführers, bezüglich Transparenz und Nachprüfbarkeit tadellos ist?

Wenn ja, welche Anhaltspunkte gibt es dafür?

3. Welche Projekte des Berliner Entwicklungshilfe-Unternehmens AGEF werden bzw. wurden in Afghanistan, im Irak und in anderen Ländern in jeweils welcher Höhe derzeit und in der Vergangenheit durch die Bundesregierung direkt oder indirekt mit deutschen Steuergeldern finanziert?

Aus welchen Titeln des Bundeshaushaltes stammen die Zuwendungen jeweils?

4. Was hat die Bundesregierung getan, um der mutmaßlichen Unterschlagung von Steuergeldern durch das Entwicklungshilfe-Unternehmen AGEF in Afghanistan vorzubeugen?

5. Welchen Bedarf hat die Bundesregierung im Jahr 2009 im Bereich Rückkehrerintegration in Afghanistan und im Irak erhoben?

Welche Institution hat den Bedarf erhoben und die Umsetzung der Reintegrationsprogramme verifiziert?

6. Kann die Bundesregierung ausschließen, dass Vorwürfe, wie sie von der „Neuen Osnabrücker Zeitung“ gegenüber dem Entwicklungshilfe-Unternehmen AGEF für das Rückkehrerprojekt in Afghanistan erhoben werden, für andere Projekte in Afghanistan, für die Projekte im Irak und in anderen Ländern zutreffen?

Wenn nicht, warum?

Wenn ja, warum?

7. Welche Evaluationsmaßnahmen hat die Bundesregierung für die Projekte von dem Entwicklungshilfe-Unternehmen AGEF unternommen, nachdem sich europäische Partner, namentlich Dänemark im Irak, aus den Projektfinanzierungen von Rückkehrerprogrammen zurückgezogen haben, weil Zweifel an der Qualität und Vertrauenswürdigkeit des Projektpartners Entwicklungshilfe-Unternehmen AGEF aufgekommen waren?

8. Welchen Evaluations- und Kontrollverfahren der Bundesregierung musste sich das Entwicklungshilfe-Unternehmen AGEF unterziehen, und welchen Kompetenznachweis musste das Unternehmen beibringen, bevor man es mit der Ausbildung von Richtern und Regierungsbeamten und mit dem Betrieb von Wirtschaftsbüros betraute?

9. Aus welchem Grund wurde ein Entwicklungshilfe-Unternehmen wie AGEF mit dem Betrieb von Büros betraut, die deutsche Wirtschaftsinteressen vertreten sollen?

Welche Leistungen haben die Wirtschaftsbüros im Irak bisher effektiv erbracht?

10. Hat die Bundesregierung seit Bekanntwerden der mutmaßlichen Unterschlagung von Projektmitteln noch Gelder an das Entwicklungshilfe-Unternehmen AGEF ausbezahlt?

Wenn ja, aus welchem Titel, für welche Projekte, und in welcher Höhe?

11. Gedenkt die Bundesregierung, zukünftig weiter mit dem Entwicklungshilfe-Unternehmen AGEF zusammenzuarbeiten?

Wenn ja, in welchen Bereichen?

12. Welche Konsequenzen zieht die Bundesregierung sonst aus den Korruptionsvorwürfen gegen das Entwicklungshilfe-Unternehmen AGEF?

Berlin, den 11. November 2010

**Renate Künast, Jürgen Trittin und Fraktion**

